



Volksbegehren

ARBEITSLOSENGELD RAUF!
unterschreiben!

Eintragswoche 2. bis 9. Mai 2022

Wer in Österreich arbeitslos wird, fällt fast auf die Hälfte seines Letzteinkommens herab. **9 von 10 Arbeitslosen sind armutsgefährdet.** Das parteiunabhängige Volksbegehren ARBEITSLOSENGELD RAUF! fordert daher die Anhebung des Arbeitslosengeldes auf zumindest 70% des Letzteinkommens,

- um Armut und Existenzangst zurückzudrängen
- um die Verhandlungsmacht aller ArbeitnehmerInnen und ihrer Gewerkschaften für bessere Löhne und Arbeitsbedingungen zu stärken
- um die wirtschaftliche Nachfrage zu stärken. Berechnungen der AK OÖ zeigen, dass die Anhebung des Arbeitslosengeldes auf 70% zusätzlich 14.000 Arbeitsplätze schafft.

Selbst im Wirtschaftsaufschwungsjahr 2021 stellten sich 4 Arbeitslose um eine offene Stelle an. Die Langzeitarbeitslosigkeit hat sich im letzten Jahrzehnt mehr als verzehnfacht. Bekämpfen wir die Arbeitslosigkeit, nicht die Arbeitslosen! **Geht's dem Sozialstaat gut, geht's allen gut!**

Nähere Informationen siehe www.arbeitslosengeld-rauf.at

Volksbegehren Arbeitslosengeld rauf!
von 2.5. - 9.5.2022 unterschreiben!

<https://www.arbeitslosengeld-rauf.at/>



EU-Fiskalpakt: „Strangulierung des Sozialstaats“

Hintergrund für die völlig unzureichenden Budgets im (Elementar-) Bildungsbereich, aber auch in den Bereichen Gesundheit und Pflege ist die Einführung neuer fiskalpolitischer Regeln seit 2010/12 auf EU-Ebene, insbesondere des EU-Fiskalpakts. Strikte Defizit- und Verschuldungsvorschriften machen aus der „Schuldenbremse“ de facto eine „Investitionsbremse“, die zu Lasten wichtiger öffentlicher Zukunftsausgaben geht. Unter Androhung hoher Geldstrafen kann die EU-Kommission den Nationalstaaten **eine Politik des Sozialabbaus und der Privatisierung aufzwingen.** Der gewerkschaftsnahe Ökonom Schulmeister warnte eindringlich davor, dass dieser Pakt dazu führen wird, „den Sozialstaat zu strangulieren“ und „die Budgethoheit auf die EU-Kommission übergehen zu lassen“.

Infolge der Coronakrise wurden diese EU-Vorgaben zwar vorübergehend ausgesetzt. Ab 2023 sollen sie jedoch wieder voll wirksam werden. Aufgrund der durch die Krise gestiegenen öffentlichen Verschuldung droht damit ein noch schärferer Sozial- und Bildungsabbau. Diese neoliberale Bevormundung unserer Budgetpolitik muss weg! **Fiskalpakt reißen bevor's unszreißt!**

SolidarwerkstätterInnen kennenlernen!

Mitmachen? Beim nächsten Treffen dabei sein? Wir freuen uns!

(aktuelle Termine auf www.solidarwerkstatt.at)

Kontakt/Impressum

Büro: Waltherstraße 15, 4020 Linz
Bürozeiten: Montag bis Freitag 14-18 Uhr
T (0732) 77 10 94 oder 0664 1540742
F (0732) 77 10 94-20
office@solidarwerkstatt.at

Kommunalgruppe Linz:

wir treffen uns jeden zweiten Montag ab 18 Uhr im Werkstatt-Büro (Waltherstraße 15, 4020 Linz)
Bei Interesse bitte um Rückmeldung an office@solidarwerkstatt.at bzw. T 0664 15 40 742.

Spenden an: Bankverbindung: Raiffeisenbank Perg
IBAN: AT42 3477 7000 0627 4146, BIC: RZOO AT2L 777

www.solidarwerkstatt.at; www.facebook.com/solidarwerkstatt

www.solidarwerkstatt.at

Die Arbeit mit unseren Jüngsten ist Mehrwert!

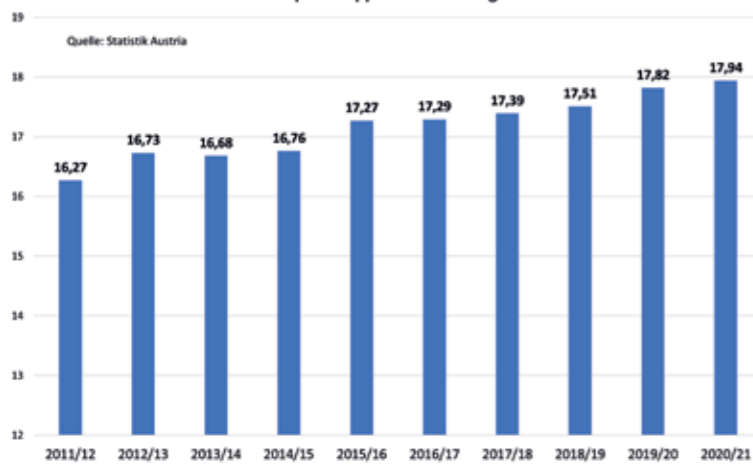


- Mehr Personal – kleinere Kindergruppen!
- Verbesserung der Arbeitsbedingungen!
- Deutliche Anhebung der Löhne & kürzere Arbeitszeiten!



Kinder pro Gruppe in OÖ Kindergärten

Quelle: Statistik Austria



Die Arbeit mit unseren Jüngsten ist Mehrwert!

Die Sparpolitik auf dem Rücken der Beschäftigten, der Kleinkinder und ihrer Eltern ist inhuman und kurzsichtig. Wir fordern daher:

- **Mehr Personal – kleinere Kindergruppen:** Die maximale Kindergröße in Kindergärten und Hortgruppen soll von derzeit 23 auf 15, bei unter Dreijährigen von derzeit 10 auf maximal 5 bis 8 gesenkt werden, wie das in Studien empfohlen wird.
- **Verbesserung der Arbeitsbedingungen:** bessere Raumausstattung, mehr Zeit für kindergruppenfreie Zeit (Verwaltungsarbeiten, Vor- und Nachbereitung, Fortbildungen, Teambesprechungen, Elternarbeit etc.), Supervisionsangebote für alle!
- **Deutliche Anhebung der Löhne & kürzere Arbeitszeiten:** 35 Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich!
- **Ausbau des ganztägigen elementarpädagogischen Angebots** insbesondere auch im ländlichen Raum!
- **Wiedereinführung der gebührenfreien Nachmittagsbetreuung in Oberösterreich!**
- **Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für jedes Kind ab dem ersten Lebensjahr!**

ElementarpädagogInnen: Überbelastet und unterbezahlt

In einer Studie der Arbeiterkammer OÖ (Juni 2021) wurden 1.450 Beschäftigte in oberösterreichischen Kinderbetreuungseinrichtungen befragt. **Die Ergebnisse sind alarmierend:**

- Nicht einmal zwei von 10 Beschäftigten haben genügend Zeit, um mit den Kindern Bildungsaufgaben umzusetzen; nur 16% haben ausreichend Zeit, auf individuelle Bedürfnisse von Kindern einzugehen. Weniger als die Hälfte geben an, ihren Aufsichtspflichten nachgehen zu können. 72% geben an, dass kurzfristige Ausfälle nicht durch ausreichendes Personal abgedeckt werden können. 84% halten die Kindergruppen für zu groß. Tatsächlich steigt in Oberösterreich die durchschnittliche Zahl der Kinder pro Gruppe seit 2011/12 laufend an (sh. Grafik oben).
- Die Arbeitsbedingungen im Elementarbildungsbereich sind äußerst belastend: Fast 60% berichten von einem zu hohen Lärm-

pegel; 80% der Befragten in Kindergärten und Horten und über 93% in Krabbelstuben geben an, dass sie viel zu wenig Zeit für Tätigkeiten außerhalb der Kindergruppe haben (Verwaltung, Vor- und Nachbereitung, Kontakt mit Eltern, Teambesprechungen usw.), über 72% halten die administrativen Aufgaben für überbordend.

- Vollzeitbeschäftigte wünschen sich eine Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit um knapp 5 Stunden (von 39,2 auf 35,2 Stunden wöchentlich). Über 80% berichten, dass sie bzw. KollegInnen krank in die Arbeit kommen, um KollegInnen nicht im Stich zu lassen.
- Nur knapp 14 Prozent sind mit ihrer Entlohnung ganz oder eher einverstanden. Besonders auffallend: Über 90% halten ihre Arbeit für sinnstiftend, doch fast 80% sind mit der gesellschaftlichen Wertschätzung ihrer Arbeit nicht zufrieden.
- 44% der Befragten geben an, häufig oder immer körperlich erschöpft zu sein, 36% berichten von ständiger und häufiger psychischer Erschöpfung.

OÖ: Viel zu wenig Plätze in Kindereinrichtungen

Gerade in Oberösterreich ist das Angebot an Kindereinrichtungen unzureichend. Vor allem im ländlichen Raum gibt es viel zu wenig ganztägige Angebote. Aktuell gibt es **nur für jedes vierte Kind einen Vollzeitbetreuungsplatz**, das sind 25 Prozentpunkte weniger als im österreichischen Durchschnitt.

Außerdem führte 2018 die schwarz-blaue Landesregierung in Oberösterreich Kindergarten-Gebühren ein. Seither müssen die Erziehungsberechtigten für die Nachmittagsbetreuung zahlen. In Oberösterreich kostet die Nachmittagsbetreuung die Familien seither **bis zu 110 Euro pro Kind und Monat** (ohne Essen). Jedes zehnte Kind wurde deshalb von der Nachmittagsbetreuung abgemeldet. In einigen Kindergärten wurden daraufhin die Öffnungszeiten eingeschränkt, weil nicht mehr die erforderlichen Gruppengrößen zustande gekommen sind. Die Berufstätigkeit insbesondere von Frauen wird dadurch zusätzlich erschwert.